



Fraktion aktuell.

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

79 | 02.12.2022

Liebe Leserin, lieber Leser,

während die Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen des Rates sich ihrem Ende nähern, haben wir uns mit dem Haushaltskonsolidierungsprogramm auseinandergesetzt, das für die nächsten Jahre strukturelle Einsparungen von 121 Millionen Euro vorsieht. Gemeinsam mit den Grünen haben wir zu diesem HSK XI Änderungsanträge entwickelt, um die notwendigen Einsparungen nicht zulasten jener Menschen in unserer Stadt gehen zu lassen, die unserer Hilfe besonders bedürfen.

Eine interessante Lektüre wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Trotz Einsparungen die öffentliche Daseinsvorsorge sichern

Insgesamt 121 Millionen Euro soll das neue [Haushaltssicherungskonzept HSK XI](#) an Einsparungen bis spätestens 2027 erbringen: Mit Hilfe des HSK XI will die Stadtverwaltung mittelfristig zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückkehren, wie er zuletzt vor der Corona-Pandemie erreicht worden war. Das Konsolidierungsprogramm enthält verschiedene Vorschläge, die sich sowohl in ihrer Maßnahmengenaugigkeit als auch in ihren Volumina sehr stark unterscheiden. Zugleich sieht es auch Ausgaben vor, um den Standort Hannover zu stärken und damit künftig auch mehr Einnahmen zu erzielen.

Eine Stadt für alle.



Nach Beratungen in unserer Fraktion haben wir uns vor zwei Wochen mit unserem grünen Koalitionspartner auf zwei Anträge verständigt, einen [Änderungsantrag](#) zu den zentralen Komplexen des HSK XI und einen [Zusatzantrag](#) zu verschiedenen vorgesehenen Maßnahmen.

Wichtig ist uns vor allem, die Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung und der Zuwendungsempfänger in den sozialen und anderen wichtigen Bereichen, wie Jugend- und Familienhilfe oder Kultur, nicht eingeschränkt wird. Die Hilfen auf diesen Feldern müssen in der notwendigen Weise erhalten bleiben. Deshalb haben wir die vorgesehenen Einsparungen auf dem Gebiet der sogenannten „freiwilligen Leistungen“ um zwei Millionen Euro zurückgenommen; sie sollen durch verwaltungsinterne Optimierungsprozesse erbracht werden, die im Rahmen des vorausgegangenen, derzeit noch laufenden [HSK X](#) bereits abgeschoben worden sind.

Die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung durch Bewohner*innen-Parkzonen soll ebenfalls soziale Kriterien berücksichtigen und der Zustimmung der jeweiligen Bezirksräte bedürfen. Wie diese sozialen Kriterien aussehen könnten, soll die Verwaltung bis zum kommenden Sommer erarbeiten.

Um den sozialen Wohnungsbau nicht zu gefährden, werden wir auf Gewinnabführungen der städtischen Tochter hanova Wohnen verzichten und die vorgesehenen Beträge zunächst von deren Schwester hanova Gewerbe erbringen lassen.

Erhalten bleiben sollen – anders als im HSK XI angedeutet – sowohl das Schulbiologiezentrum als auch das Kommunale Kino (KoKi). Das Schulbiologiezentrum soll in seinem Aufgabenprofil geschärft werden und zudem Einnahmen aus Entgelten für Nutzer*innen außerhalb der Landeshauptstadt erhalten. Das KoKi soll gemeinsam mit dem Künstlerhaus im Zuge der Entwicklung des innerstädtischen „Kulturdreiecks“ zwischen Oper, Schauspiel- und Künstlerhaus ertüchtigt werden und unter anderem durch mehr Publikumszuspruch höhere Einnahmen erzielen.

Als unverzichtbar betrachten wir auch die Stadtbezirksräte: Nirgendwo sonst ist Politik so nah an den Bürger*innen, wohl kaum irgendwo sonst kann zügig auf lokale Fragen, Anregungen und Wünsche eingegangen werden. Die Reduzierung der Anzahl von Stadtbezirken lehnen wir deshalb ab, zumal größere Stadtbezirken die ehrenamtlichen Mitglieder der Bezirksräte – voran die Bezirksbürgermeister*innen – überfordern würde. Allerdings soll eine Kommission aus Mitgliedern der Bezirksräte und Verwaltung eingesetzt werden, um eine Verschlankung der Bezirksratsarbeit in die Wege zu leiten.

Insgesamt tragen wir den schmerzhaften Sparkurs wie auch das Volumen des HSK XI mit, um die Handlungsfähigkeit der Landeshauptstadt zu sichern. So folgen wir der Verwaltung auch sowohl bei der avisierten Grundsteuererhöhung als auch bei der Einführung einer Bettensteuer. Um die vorgesehenen Ausgaben für die Stärkung des Kongress-, Messe-, Veranstaltungs- und Tourismusstandortes zu erhöhen, beantragen wir allerdings eine Erhöhung der Vergnügungssteuer. Von einer Erhöhung der Gewerbesteuer sehen wir ab, da wir der Wirtschaft nicht weitere Belastungen aufbürden wollen – was letztlich den Standort Hannover schwächen und somit zu niedrigeren Einnahmen führen würde.

Die Beschlussfassung über das HSK XI ist gleichzeitig zum [Haushalt 2023/2024](#) in der Ratsversammlung am 22. Dezember vorgesehen.

Kulturelle Infrastruktur und Teilhabe erhalten

In den Haushaltsplanberatungen im Kulturausschuss am 18. November stand für uns die Unterstützung der Kulturschaffenden im Vordergrund: Wir wollen die Kulturlandschaft Hannovers dabei unterstützen, Konzepte für einen [Generationenwechsel](#) zu erarbeiten, da sich in den nächsten Jahren in vielen Institutionen die bisherigen Akteur*innen zurückziehen und ihre Arbeit einer neuen Generation anvertrauen werden. Auf diese Weise wollen wir Kulturstätten auf lange Zeit zukunftssicher aufstellen. Außerdem richten wir eine zentrale [Anlaufstelle](#) für die Belange der Nachtkultur ein und bedienen uns dabei eines Konzeptes unserer Partnerstadt Bristol – mit dem Ziel, das Nachtleben in Hannover sicherer, inklusiver und nachhaltiger zu gestalten.



Facebook-Post vom 18.11.2022.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Absicherung einzelner in Not gekommener Einrichtungen, wie des Vereins [CircO](#), der [Sigmund Seligmann Gesellschaft](#) und der [Akademie für lebendige Musik](#), die wir als Leuchttürme für gesellschaftliche und nachbarschaftliche Arbeit und damit als unverzichtbar für die kulturelle Infrastruktur in unserer Stadt ansehen.

Ausbau der Quartiersarbeit, Unterstützung Bedürftiger und Bekämpfung von Einsamkeit



Im Sozialausschuss, der am 21. November über den Haushaltsplan beriet, haben wir uns mit der Bekämpfung von Einsamkeit, der Unterstützung Bedürftiger und dem Ausbau der nachbarschaftlichen Quartiersarbeit anspruchsvolle Ziele für den Doppelhaushalt 2023/2024 gesetzt. Wir wollen die Angebote für Senior*Innen fit anpassen an den demographischen Wandel und dabei Einsamkeit in dieser Bevölkerungsgruppe bekämpfen. Zentral ist hierbei für uns die Bildung von [Quartierszentren](#): Soziale und Pflegeeinrichtungen sollen mit Begegnungs- und Beratungsangeboten für Senior*innen geöffnet werden. Begleitet werden soll dies von einer [Informationskampagne](#), um die Inanspruchnahme der vielfältigen Hilfen zu erleichtern.

Facebook-Post vom 21.11.2022.

Darüber hinaus unterstützen wir Akteur*innen in der Nachbarschaftsarbeit und der Beschäftigungsförderung, die durch niedrigschwellige Angebote das gesellschaftliche Miteinander fördern, wie etwa den [NachbarschaftsDienstLaden](#) (NaDiLa) im Sahlkamp, die Nachbarschaftsarbeit in [Hainholz](#) und im [Canarisweg](#) oder den [Stadtteilladen Stöcken](#).

Durch die Stärkung von Akteur*innen in der Obdachlosenhilfe und Suchtprävention nehmen wir auch diese vulnerablen Gruppen in den Blick: So soll der [Mecki-Laden](#) Gelder unter anderem für eine verbesserte medizinische Versorgung erhalten, genauso wie die neuen [Dusch- und Kältebusse](#) der Caritas, der Johanniter und der Malteser, die künftig gerade in der kalten Jahreszeit wichtige Arbeit leisten werden. Im Bereich der Drogenhilfe sichern wir die Suchtprävention für Kinder und Jugendliche sowie die Unterstützung und Behandlung von Suchtkranken, etwa durch [Sida mobil](#) oder den Verein [Neues Land](#) ab.

Bildungs- und Teilhabechancen stärken

Im Bereich Schule und Bildung widmen wir uns im Besonderen der Förderung schulformübergreifender Programme und der Stärkung von Bildungs- und Teilhabechancen. So setzen wir uns ein für die Weiterentwicklung des Programms „[Schulen mit besonderen Herausforderungen](#)“, das in Verbindung mit dem Landesprogramm SchulePLUS wichtige Angebote an den entsprechenden Einrichtungen (sogenannten „Brennpunktschulen“ sichert.

Außerdem wird das bewährte Programm [Sommer-schule](#), das mit individuellen Maßnahmen Lernlücken der Kinder schließen will, zusätzliche Mittel erhalten. Dadurch sollen mehr Schüler*innen an den Fördermaßnahmen teilnehmen können. Darüber hinaus stärken wir das [Schulbiologiezentrum](#) und setzen uns für den Erhalt von dessen Gewächshäusern ein.



Facebook-Post vom 23.11.2022.

Wir stehen zudem fest zu unserem Ziel, ein verlässliches Ganztagsystem an den Schulen zu fördern: Dafür werden an den Grundschulen [Gartenheim](#) in Bothfeld und [Mühlenweg](#) in Misburg mit diesem Haushalt Baumaßnahmen angestoßen, die einen zeitnahen Einstieg in den Ganztagsbetrieb ermöglichen werden.

Unsere Haushaltsanträge hat der Schul- und Bildungsausschuss am 23. November beschlossen.

Mehr Mittel für Familien in der Krise

Den Kern unserer Haushaltsanträge im Bereich der Jugendhilfe stellt die Aufstockung unseres [Hannoverfonds](#) dar, der wirksame individuelle Unterstützungsangebote fördert und damit wichtige Präven-

Facebook-Post vom 28.11.2022.

tionsarbeit gegen Kinderarmut sichert. Wir setzen uns außerdem für den Erhalt von Beratungs- und Begleitangeboten für Kinder und Familien ein: So soll das Unterstützungsbüro [KonneX](#), welches schulmüde Jugendliche und deren Eltern berät, weitere Mittel erhalten. Zudem werden weitere Projekte der AWO, wie die [Station Glashütte](#) und die [Familienberatungsstelle](#), mit Geldern bedacht.

Soziale Teilhabe und Chancengerechtigkeit haben für uns weiterhin oberste Priorität: Dabei sind Prävention, Intervention und Mitbestimmung weiterhin unsere sozialpolitischen Leitlinien auch in der Jugendhilfe, um insbesondere Familien mit besonderen Herausforderungen über die Krise zu helfen.

Beschlossen wurden unsere Haushaltsanträge im Jugendhilfeausschuss am vergangenen Montag.



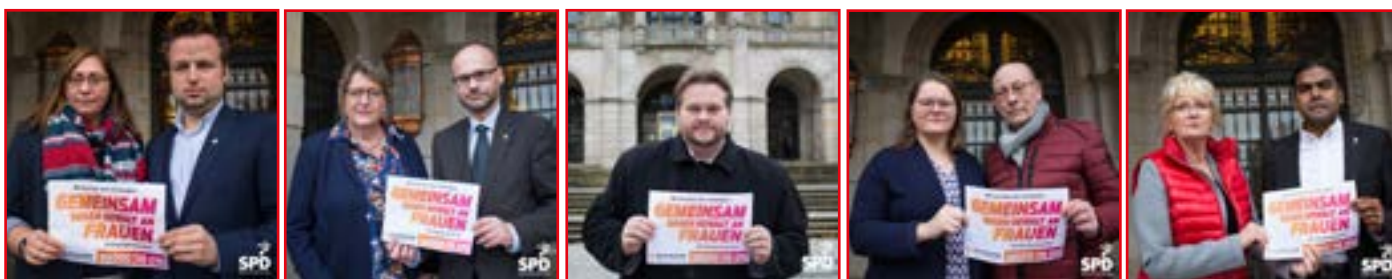
Digitalisierungsschub für Schulen und Verwaltung

Im Organisations- und Personalausschuss haben wir am 23. November die dringend nötige Verwaltungsmodernisierung in den Blick genommen. Dabei sind die Prüfung möglicher Synergieeffekte bei der IT-Administration und die Digitalisierung der Bezirksratsarbeit zwei unserer Ansätze, mit denen wir die Modernisierung der Stadtverwaltung vorantreiben wollen. Wir beauftragen die Verwaltung deshalb zu prüfen, ob städtische Beschäftigte für die [IT-Administration](#) an Schulen fortgebildet und eingesetzt und dadurch Lehrkräfte entlastet werden könnten.

Um die Digitalisierung in Flüchtlingsunterkünften weiter voranzutreiben, soll der Verein [Freifunk Hannover](#) eine Zuwendung erhalten. Freifunk hatte bereits WLAN in etlichen Flüchtlingsunterkünften eingerichtet und soll mit dieser Zuwendung weiterhin die Stadt dabei unterstützen, Geflüchtete mittels WLAN in den Unterkünften ans Internet anzubinden.



Facebook-Post vom 23.11.2022.



„Wir brechen das Schweigen“: Mitglieder unserer Fraktion vor der Ratsversammlung am 24. November.

Ratsversammlung setzt Zeichen gegen Gewalt gegen Frauen



Am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen beteiligte sich unsere Fraktion wie auch schon in den letzten Jahren an der Aktion „Wir brechen das Schweigen“ (#schweigenbrechen). Unsere Solidarität gilt allen von Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen, für deren Schutz wir uns auch in unserer politischen Arbeit einsetzen: Wir unterstützen und fördern den Ausbau der Frauenhauslandschaft und weiterer Institutionen und Organisationen, um die Istanbul-Konvention umzusetzen. Wir setzen uns auch für mehr Aufklärung und präventive Angebote zu diesem immer noch tabuisierten Thema ein – damit es gar nicht erst zu Gewalttaten kommt.

Ein wichtiges Zeichen in dieser Hinsicht stellt auch die [Resolution](#) des Rates dar, worin die Versuche des iranischen Regimes verurteilt werden, die Proteste dort brutal niederzuschlagen. Der Rat hat sich damit am 24. November einstimmig sowohl mit den Protesten vor allem von Frauen im Iran unter dem Motto „Frauen, Leben, Freiheit“ als auch mit den hier lebenden Menschen aus dem Iran solidarisiert, denen ausdrücklich Hilfe angeboten wird.

SkateKidsArea im Georgengarten eingeweiht

Vor vier Jahren hatten wir mit einem [Haushaltsantrag](#) Mittel dafür bereitgestellt, die Skatingfläche am Rande des Georgengartens zu erneuern. Auch der Bezirksrat Nord hatte die Renovierung der 20 Jahre alten Anlage gefördert.

Am vergangenen Montag ist die Anlage als „SkateKidsArea“ wiedereröffnet worden. Auf 450 Quadratmetern können nun Kinder und Jugendliche hier mit Skateboards, Inlineskates und Rollern (sogenannten Scootern) fahren. Die Parcours orientieren sich vor allem an den Bedürfnissen von Anfänger*innen und bieten mit ihren verschiedenen Anlagen auch die Gelegenheit, mit Rollstühlen, BMX-Rädern und Laufrädern zu üben.

Eine Stadt für alle.

Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse,
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de

Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

